

12 gute Gründe für Zuwanderung

Autoren: Dr. Wido Geis / Felicitas Kemeny
Telefon: 0221/4981-705 E-Mail: geis@iwkoeln.de
Telefon: 0221/4981-703 E-Mail: kemeny@iwkoeln.de

Abstract

In den vergangenen Jahren hat sich Deutschland zunehmend für Menschen aus dem Ausland geöffnet. Die Zahl der Zuwanderer ist deutlich gestiegen. War noch im Jahr 2009 eine Nettoabwanderung zu verzeichnen, so kamen im Jahr 2012 rund 369.000 mehr Personen nach Deutschland als das Land verließen. Dabei sind die Zuwanderer, die nach Deutschland kommen, häufig gut gebildet. Zwischen 2001 und 2011 hatten etwa 29 Prozent der Zuwanderer im Alter zwischen 25 und 64 Jahren einen Hochschulabschluss; in der Gesamtbevölkerung betrug der Anteil in dieser Altersgruppe nur 18,7 Prozent. Allerdings ist zu erwarten, dass die Zuwanderung in den kommenden Jahren wieder zurückgehen wird. Viele der Zuwanderer, die heute nach Deutschland kommen, stammen aus den ost- und südeuropäischen Ländern, in denen der demografische Wandel in den nächsten Jahren wie in Deutschland zu Fachkräfteengpässen führen dürfte.

Daher sollte Deutschland Maßnahmen ergreifen, um verstärkt auch Fachkräfte aus demografiestarken Regionen zu gewinnen. Das Zuwanderungsrecht sollte weiter liberalisiert, die Anerkennung ausländischer Abschlüsse verbessert und die Willkommenskultur in Deutschland gestärkt werden. Es gibt nämlich 12 gute Gründe für Zuwanderung:

Zuwanderung stärkt die Wirtschaftskraft, weil sie

- das Potenzial an Fachkräften vergrößert
- internationale Aktivitäten von Unternehmen erleichtert und
- die Innovationskraft und das Wachstum steigert

Zuwanderung stärkt die öffentlichen Haushalte, weil sie

- die Einnahmen der Rentenversicherung vergrößert
- die Kranken- und Pflegeversicherung stabilisiert und
- die öffentlichen Haushalte insgesamt entlastet

Zuwanderung verbessert die Lage in den Kommunen, weil sie

- die Schrumpfung vieler Städte und Dörfer abmildern kann
- zu einer ausgewogeneren Altersstruktur der Bevölkerung führt und
- die medizinische Versorgung und Pflege verbessert

Zuwanderung kommt auch der Bevölkerung direkt zugute, weil sie

- Wohlstand schafft
- die Lage inländischer Arbeitnehmer verbessert und
- das kulturelle Leben in Deutschland bereichert

1. Einleitung

In den vergangenen Jahren haben sich die Rahmenbedingungen für die Zuwanderung in Deutschland verändert. Sah das deutsche Zuwanderungsrecht bis zu seiner Reform im Jahr 2005 nur in Ausnahmefällen eine Arbeitskräftemigration vor¹, so hat sich Deutschland seither immer stärker für ausländische Fachkräfte aus Nicht-EU-Staaten geöffnet. EU-Bürger haben im Rahmen der Freizügigkeit ohnehin freien Zugang zum deutschen Arbeitsmarkt (OECD, 2013a). Weitreichende Schritte der Reform waren die Senkung der Gehaltsgrenzen für zuziehende Akademiker mit der Einführung der Blauen Karte im Jahr 2012 und die verbesserten Zugangsmöglichkeiten für beruflich Qualifizierte im Rahmen der neuen Beschäftigungsverordnung im Jahr 2013. Auch werden zunehmend Maßnahmen ergriffen, um Zuwanderungsinteressierte gezielt anzusprechen und für ein Leben in Deutschland zu begeistern. So hat die Bundesregierung etwa im Jahr 2012 das Online-Portal „Make it in Germany“ gestartet.

Auch die neue Bundesregierung hat sich im Koalitionsvertrag zur weiteren Zuwanderung vor allem aus der EU bekannt und plant in der 18. Legislaturperiode etwa die Willkommenskultur in Deutschland zu stärken (CDU, CSU und SPD, 2013). Dass dies ein richtiger Weg ist, um Wachstum, Wohlstand und Lebensqualität langfristig zu sichern, soll im Folgenden anhand von 12 guten Gründen für Zuwanderung belegt werden. Diese lassen sich zu vier Kernaussagen zusammenfassen: Zuwanderung hilft der Wirtschaft, stärkt die öffentlichen Haushalte, verbessert die Lage der Kommunen und kommt der Bevölkerung auch direkt zu Gute. Einführend soll kurz die Entwicklung der Zuwanderung nach Deutschland in den vergangenen Jahren dargestellt und abschließend darauf eingegangen werden, wie es in Zukunft gelingen kann, genügend Fachkräfte aus dem Ausland zu gewinnen.

2. Entwicklung der Zuwanderung

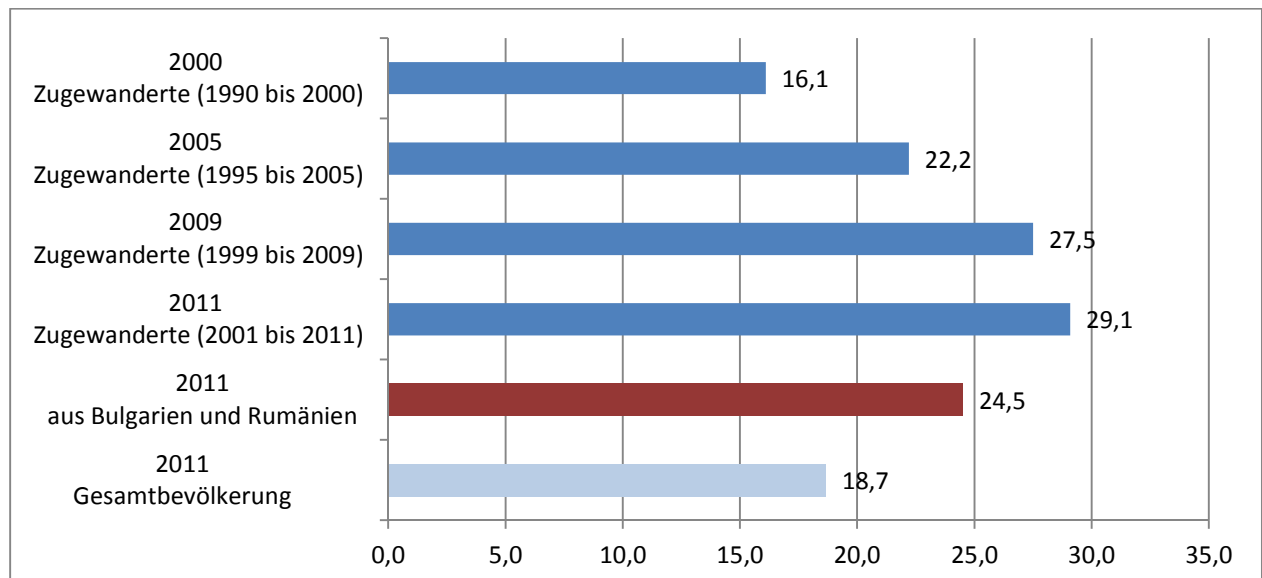
In den vergangenen fünf Jahren hat die Zuwanderung nach Deutschland stark zugenommen. War noch in den Jahren 2008 und 2009 per Saldo eine Abwanderung zu verzeichnen, so kamen im Jahr 2010 rund 128.000 mehr Personen nach Deutschland als das Land verließen. Bis zum Jahr 2011 stieg dieser Wert auf 279.000 an, und im Jahr 2012 waren es sogar 369.000 Personen (Statistisches Bundesamt, 2013a). Im Jahr 2013 dürfte die Zahl im Vergleich dazu nochmals steigen, denn bereits im ersten Halbjahr lag die Nettozuwanderung bei 206.000

¹ Die im Jahr 2000 eingeführte Greencard für ausländische IT-Fachkräfte basierte noch auf einer sogenannten „Anwerbepausnahmeverordnung“ (Markus, 2011).

Menschen (Statistisches Bundesamt, 2013b). Seit dem Jahr 2011 wird damit der natürliche Bevölkerungsrückgang in Deutschland ausgeglichen; im Jahr 2012 starben in Deutschland zum Beispiel rund 196.000 Personen mehr als geboren wurden (Statistisches Bundesamt, 2013c). Gleichzeitig wanderten netto 369.000 Menschen zu.

Nicht nur die Zahl, auch die Struktur der Zuwanderung hat sich in den vergangenen Jahren verändert. Während um das Jahr 2001 die außereuropäischen Länder eine bedeutendere Rolle spielten, kommt seit dem Jahr 2010 der bei weitem überwiegende Teil der Zuwanderer aus Europa. So lag im Jahr 2012 der Anteil europäischer Länder, inklusive Russlands und der Türkei, bei 79,5 Prozent; 2001 waren es noch 50,9 Prozent (Alichniewicz et al., 2014). Dabei sind die Zuwanderer heute besser qualifiziert als noch vor 10 Jahren. Lag der Akademikeranteil unter den 25- bis 64-Jährigen, die in den 1990er Jahren zugewandert sind, noch bei nur 16,1 Prozent, so betrug der Anteil in den 2000er Jahren in dieser Altersgruppe bereits 29,1 Prozent (Abbildung 1). Selbst bei Personen aus Bulgarien und Rumänien, die derzeit häufig im Kontext von Armutszuwanderung genannt werden, liegt der Anteil bei 24,5 Prozent. Gleichzeitig sank der Anteil der Personen ohne beruflichen Abschluss von 49,8 auf 40,0 Prozent (Geis, 2012; FDZ, 2011).

Abbildung 1: Immer mehr Akademiker wandern zu
Anteil der 25- bis 64-Jährigen mit Hochschulabschluss in Prozent

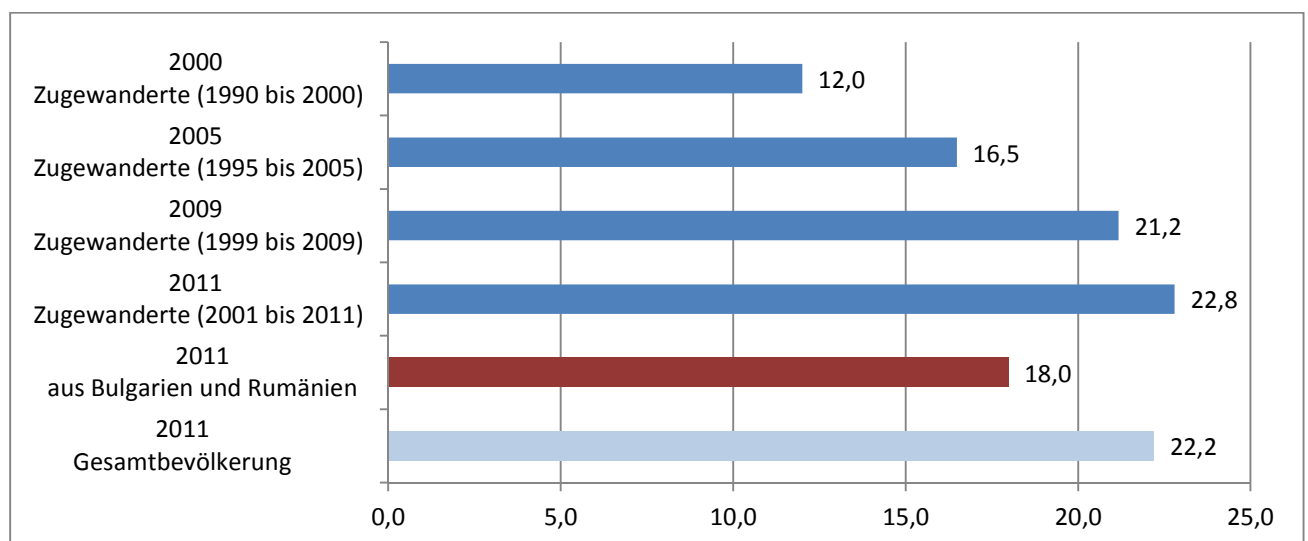


Quelle: Geis, 2012; FDZ der statistischen Ämter des Bundes und der Länder, Mikrozensus, 2011; eigene Berechnungen

Zudem ist die Erwerbsbeteiligung von Neuzuwanderern in den vergangenen Jahren deutlich gestiegen. Im Jahr 2005 waren 53,4 Prozent der in den vorangegangenen 10 Jahren zugewanderten Personen zwischen 25 und 64 Jahren erwerbstätig. Dieser Anteil stieg bis 2011 auf 63,0 Prozent (Geis, 2012; eigene Berechnungen auf Basis FDZ, 2011). Damit sind Neuzuwanderer allerdings immer noch seltener erwerbstätig als Einheimische. Für die Gesamtbevölkerung zwischen 25 und 64 Jahren liegt der Erwerbstätigenanteil bei 77,9 Prozent. Eine Erklärung hierfür ist, dass Zuwandererinnen oft ein traditionelles Rollenverständnis haben (Bertelsmann Stiftung, 2009) und deshalb nach der Familiengründung häufig aus dem Arbeitsmarkt ausscheiden.

Sind Zuwanderer am Arbeitsmarkt aktiv, erreichen sie oft gute berufliche Positionen. So arbeiteten im Jahr 2011 bereits 22,8 Prozent der in den vorangegangenen 10 Jahren Zugewanderten als hochspezialisierte Fach- oder Führungskräfte (ISCO-88 Hauptgruppen 1 und 2). Sie bekleideten Posten etwa als Geschäfts- und Geschäftsbereichsleiter, als wissenschaftliche Lehrkräfte, als Unternehmensberater, Juristen und Ärzte oder waren in weiteren Berufen beschäftigt, die in der Regel ein Hochschulstudium voraussetzen. Im Jahr 2000 war dieser Anteil mit 12,0 Prozent nur etwa halb so hoch (Abbildung 2). Erwerbstätige Neuzuwanderer sind also etwa im gleichen Maße in Fach- und Führungspositionen beschäftigt wie die Gesamtbevölkerung. Unter erwerbstätigen Bulgaren und Rumänen ist der Anteil mit 18 Prozent nur leicht niedriger.

Abbildung 2: Viele Zuwanderer bekleiden Fach- und Führungspositionen
Anteil der hochspezialisierten Fach- und Führungskräfte (ISCO 1 und 2) an allen Erwerbstätigen in Prozent



Quelle: Geis, 2012; FDZ der statistischen Ämter des Bundes und der Länder, Mikrozensus, 2011; eigene Berechnungen

Auch wenn sich Deutschland bereits in den vergangenen Jahren stärker für Zuwanderer geöffnet hat, bleibt fraglich, ob sich diese Entwicklung der Zuwanderung ohne weiteres politisches Handeln in Zukunft fortsetzen wird. So ist die Zuwanderung nach Deutschland in den vergangenen Jahrzehnten immer in Wellen verlaufen, und die Gemeinschaftsdiagnose prognostiziert ab dem Jahr 2015 einen erneuten Rückgang der Zuwanderung (Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose, 2013). Auch die demografische Entwicklung in den ost- und südeuropäischen Ländern, wo derzeit die meisten Zuwanderer herkommen, dämpft die künftige Zuwanderung. Da sich diese Länder wie Deutschland stark demografisch wandeln, geht auch hier das Arbeitskräftepotenzial zurück, und es drohen Fachkräftengpässe (Alichniewicz et al., 2014). Ein kontinuierlicher Zustrom ausländischer Fachkräfte wird sich langfristig wahrscheinlich nur realisieren lassen, wenn es Deutschland gelingt, mehr Personen aus demografiestarken Ländern (etwa in Süd- und Südostasien) zu gewinnen.

3. Zuwanderung stärkt die Wirtschaftskraft

3.1 Zuwanderung reduziert Fachkräftengpässe

Die Wachstumsdynamik einer Volkswirtschaft hängt entscheidend von der Verfügbarkeit qualifizierter Fachkräfte ab. Demary und Seyda (2013) zeigen, dass derzeit neben einigen Gesundheitsberufen vor allem Berufe mit technischem Hintergrund von Knappheiten auf dem Arbeitsmarkt betroffen sind. Für den Standort Deutschland, dessen Erfolg maßgeblich auf Hochtechnologiebranchen basiert, sind Fachkräfte im MINT-Bereich (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften, Technik) indes von besonderer Bedeutung. So ist die Wertschöpfung eines MINT-Akademikers rund 1,75-mal so hoch wie die eines durchschnittlichen deutschen Erwerbstätigen (Anger et al., 2012).

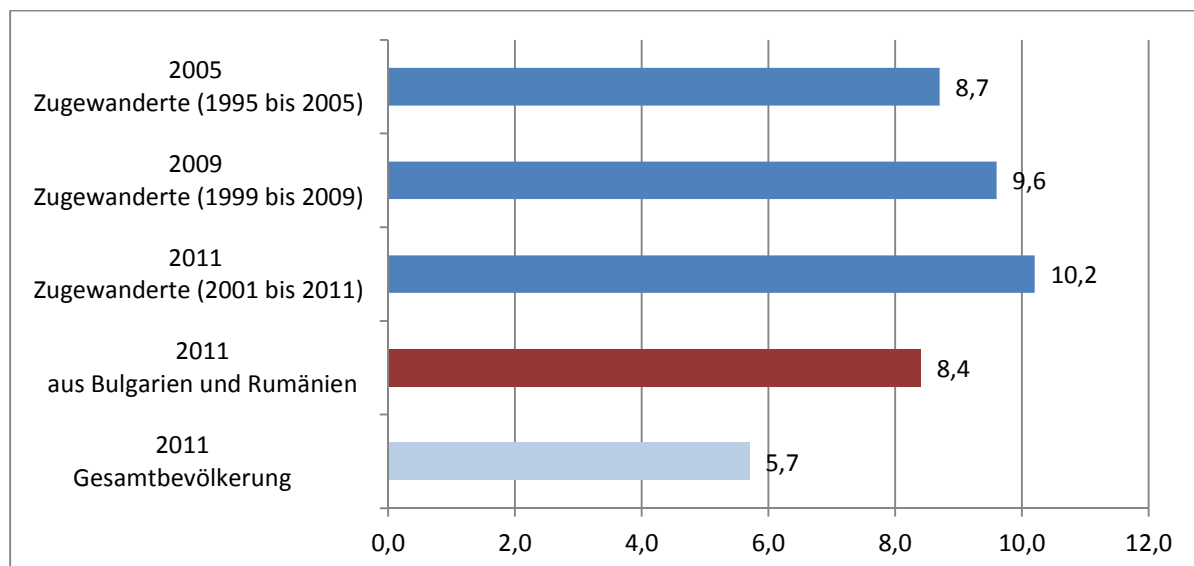
In den kommenden Jahren und Jahrzehnten könnte sich die Lage auf dem MINT-Arbeitsmarkt deutlich verschärfen. Einerseits dürfte sich das inländische Arbeitsangebot aufgrund der demografischen Entwicklung verknappen, so dass bereits die Deckung des demografiebedingten Ersatzbedarfs an beruflich qualifizierten MINT-Fachkräften zu einer Herausforderung wird. Andererseits ist damit zu rechnen, dass Entwicklungen wie der technische Fortschritt und der Strukturwandel hin zu einer wissensintensiven Gesellschaft eine zusätzliche Nachfrage nach MINT-Fachkräften generieren. Ohne verstärkte Zuwanderung und weiteren Maßnahmen ist schon bis zum Jahr 2020 mit einer Lücke in Höhe von insgesamt 1,4 Millionen beruflich qualifizierten MINT-Fachkräften zu rechnen. Auch bei MINT-Akademikern dürfte eine Lücke von rund 100.000 Fachkräften bis zum Jahr 2020 entstehen (Anger et al., 2013).

Zuwanderer stellen bereits heute ein bedeutendes Arbeitskräftepotenzial dar und können einen Beitrag zur Sicherung der akademischen Fachkräfte leisten. Sie sind

im Durchschnitt jünger als die Gesamtbevölkerung (Geis, 2012), haben häufiger einen Hochschulabschluss und sind inzwischen häufig in Fach- und Führungspositionen tätig (siehe Abschnitt 2). Zudem bringen sie immer häufiger Qualifikationen in den Bereichen mit, die für die deutsche Wirtschaft wichtig sind. Während im Jahr 2005 noch 8,7 Prozent der in den vorangegangenen 10 Jahren zugewanderten 25- bis unter 65-Jährigen einen Hochschulabschluss in MINT-Fächern hatten, waren es im Jahr 2011 über 10 Prozent. Unter den aus Bulgarien und Rumänien eingewanderten Personen waren es im Jahr 2011 immerhin über 8 Prozent. In der gleichaltrigen Gesamtbevölkerung lag der entsprechende Anteil nur bei 5,7 Prozent (Abbildung 3).

Abbildung 3: Zuwanderer sind häufiger MINT-Akademiker

Anteil der MINT-Akademiker an den 25- bis 65-Jährigen in Prozent



Quelle: Geis, 2012; FDZ der statistischen Ämter des Bundes und der Länder, Mikrozensus, 2011; eigene Berechnungen

Dies spiegelt sich auch in einer zunehmenden Internationalisierung der MINT-Beschäftigten wider: Hatten im Jahr 2005 rund 12,8 Prozent der erwerbstätigen MINT-Akademiker eine Migrationserfahrung, ist dieser Anteil bis 2011 auf 15,2 Prozent gestiegen (Anger et al., 2013). Während Zuwanderung also im akademischen Bereich bereits viel zur Fachkräftesicherung beiträgt, sind bisher nur wenige Fachkräfte mit Engpassqualifikationen im beruflichen Bereich zugewandert. Dies dürfte darauf zurückzuführen sein, dass ein großer Teil der Zugangswege für beruflich Qualifizierte im Zuwanderungsrecht erst im Jahr 2013 geöffnet wurde, und eine Zuwanderung über das Ausbildungssystem bisher eher die Ausnahme ist.

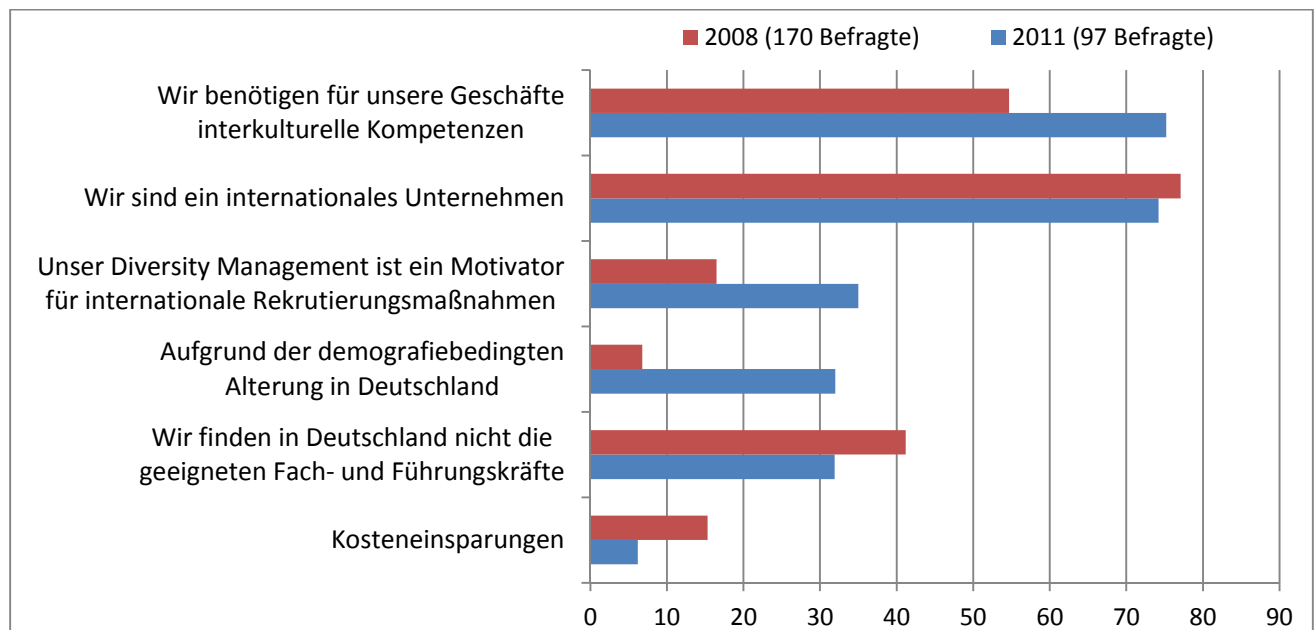
3.2 Zuwanderung erleichtert internationale Aktivitäten von Unternehmen

Ein wichtiger Pfeiler für den wirtschaftlichen Erfolg deutscher Unternehmen ist deren Wettbewerbsfähigkeit auf den Weltmärkten. Eine internationale Ausrichtung der Unternehmen stellt allerdings spezifische Anforderung an die Mitarbeiter. So ist nach Aussage deutscher Unternehmen der Bedarf an interkulturellen Kompetenzen einer der wichtigsten Gründe für die Suche nach ausländischen Mitarbeitern (Abbildung 4).

Ausländische Mitarbeiter können dazu beitragen, neue Märkte zu erschließen und Geschäftsbeziehungen mit Partnern in ihrem Heimatland zu knüpfen. Sie haben einen besseren Zugang zu relevanten marktspezifischen Informationen und können daher eher lohnende Geschäftsmöglichkeiten im Ausland identifizieren, die etwa aus unterschiedlichen Kostenstrukturen oder spezifischen Nachfrageentwicklungen entstehen (Casella/Rauch, 2002; Hiller, 2013). Auch bei der Suche nach geeigneten Vertriebswegen erweisen sich gute Landeskenntnisse als nützlich. Eine wichtige Voraussetzung für internationale Geschäftsbeziehungen ist das gegenseitige Vertrauen der Geschäftspartner, da etwa das Schließen von Verträgen über Jurisdiktionsgrenzen hinweg schwierig sein kann. Auch hier können ausländische Beschäftigte einen Beitrag leisten, da sie am besten mit den Besonderheiten der Kommunikation vertraut sind und Zugang zu informellen Netzwerken im Heimatland haben können (Egger et al., 2012; Hiller, 2013).

Abbildung 4: Unternehmen benötigen Zuwanderer für Geschäfte im Ausland

Befragung von Entscheidungsträgern in Unternehmen zu Gründen für internationale Personalrekrutierung im 2011, Zustimmung zu den Aussagen in Prozent



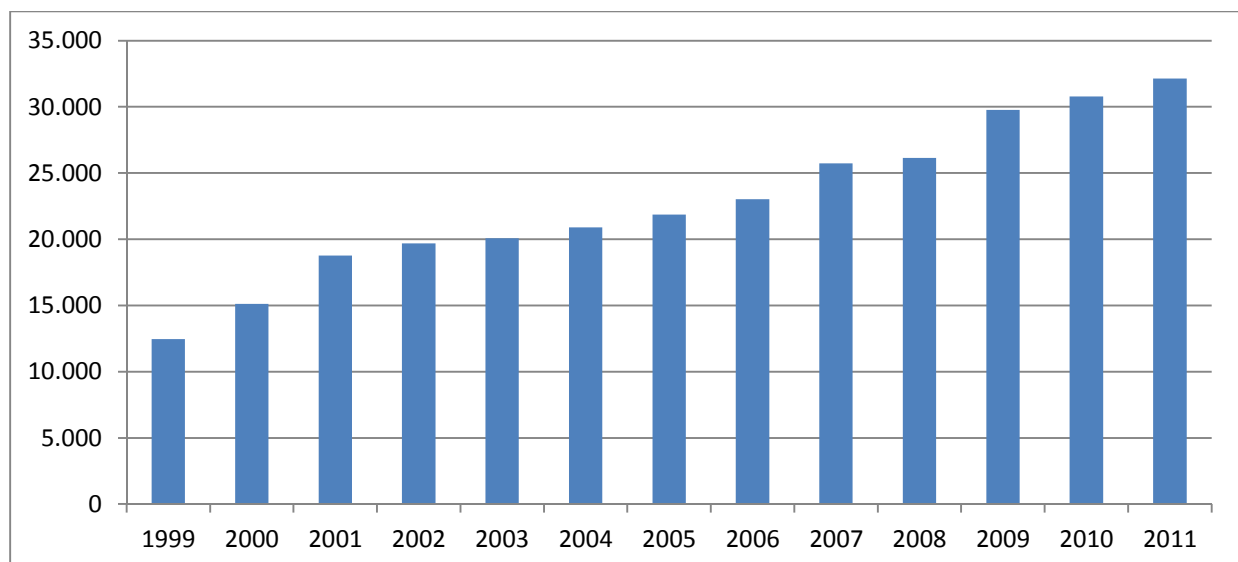
Quelle: Rump et al., 2011

3.3 Zuwanderung steigert Innovationskraft und Wachstum

Die Wachstumsdynamik Deutschlands beruht darauf, dass die innovationsintensiven Branchen der Hochwertigen Technologien und der Spitzentechnologien, wie beispielsweise der Maschinen- und der Fahrzeugbau sowie die Pharmaindustrie und die Medizintechnik, im internationalen Vergleich sehr leistungsstark sind (Erdmann, 2010). Die Wettbewerbsfähigkeit dieser Branchen hängt wiederum von Produkt- und Prozessinnovationen ab. Es stärkt die Innovationskraft, dass sich in den vergangenen Jahren immer mehr ausländische Wissenschaftler für einen Aufenthalt in Deutschland entschieden haben (Abbildung 5).

Abbildung 5: Zahl Wissenschaftler aus dem Ausland steigt

Geförderte Postgraduierte, Postdoktoranden, Hochschullehrer, Wissenschaftler



Quelle: DAAD, 2013

Zur Innovationskraft Deutschlands tragen zudem maßgeblich die in den Unternehmen beschäftigten MINT-Fachkräfte bei. So schneiden die Branchen mit dem höchsten Anteil an MINT-Akademikern regelmäßig auch bei innovationsrelevanten Indikatoren gut ab, zum Beispiel dem Anteil der Innovationsaufwendungen am Umsatz, dem Anteil des Umsatzes mit neuen Produkten und dem Anteil der Unternehmen mit Produktinnovationen (Anger et al., 2013). Die zunehmende Zahl zugewanderter MINT-Akademiker (siehe oben) dürfte also die Innovationskraft der deutschen Wirtschaft stärken.

Dass ein Zusammenhang zwischen Zuwanderung und Innovationen besteht, zeigt auch die empirische Wirtschaftsforschung. So kommen Venturini et al. (2012) beispielsweise zu dem Schluss, dass hochqualifizierte Migranten in Deutschland in der Tat einen positiven Beitrag zur Innovationsfähigkeit leisten (gemessen an der Anzahl

an Patenten und an der Entwicklung der totalen Faktorproduktivität). Auch zwei weitere Studien zu den Effekten von Zuwanderung auf die Innovationstätigkeit in deutschen und europäischen Regionen (Niebuhr, 2010; Ozgen et al., 2011) bestätigen, dass kulturelle Vielfalt die Innovationskraft stärken kann.

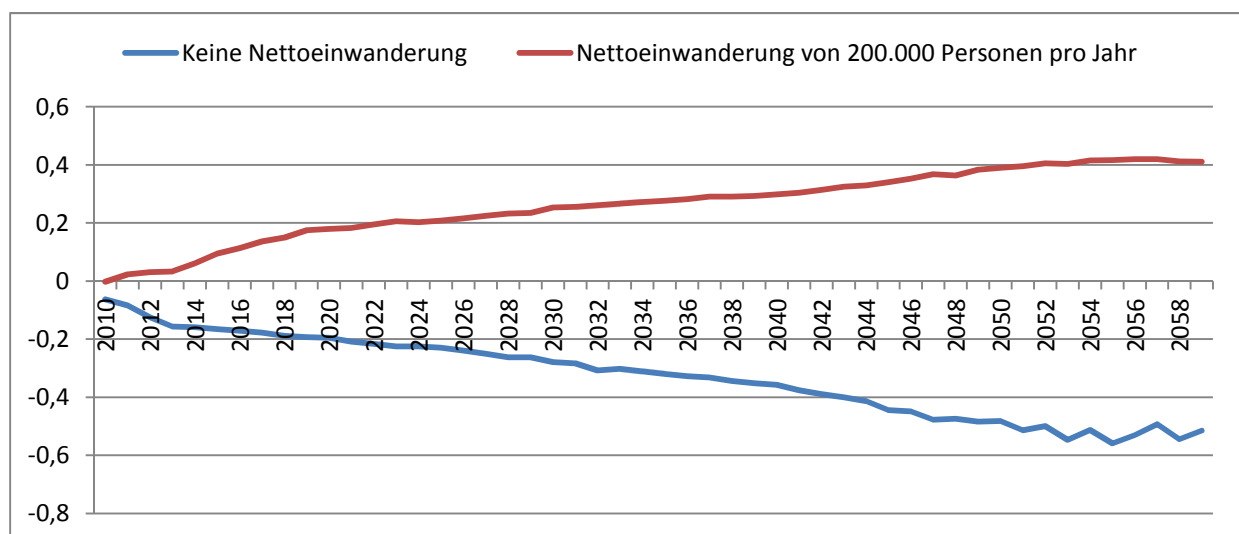
Über den direkten Innovationsbeitrag ausländischer Forscher und MINT-Akademiker hinaus lassen sich weitere Wirkungskanäle von Zuwanderung auf die Innovationskraft des Ziellandes und letztlich auf das Wirtschaftswachstum ausmachen (Ozgen et al., 2011):

- Qualifizierte Zuwanderer tragen zur Entwicklung von innovativen Clustern bei
- Zuwanderer sind häufig jünger und risikobereiter als Personen ohne Migrationshintergrund
- Hochqualifizierte Arbeitsmigranten sind oft international mobil und erweitern die kulturelle Vielfalt im Zielland, was neue Ideen, Arbeitstechniken und Herangehensweisen an Probleme generiert und verbreitet.

Mit Simulationsrechnungen lassen sich die langfristigen Wachstumseffekte von Zuwanderung schätzen. Berechnungen des Sachverständigenrats zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung zufolge könnte etwa eine jährliche Nettozuwanderung von 200.000 Personen die Potenzialwachstumsrate gegenüber einem Basisszenario mit 100.000 Nettozuwanderern langfristig um bis zu 0,4 Prozentpunkte erhöhen (Abbildung 6). Damit hat Zuwanderung einen stärkeren Effekt als andere in der Untersuchung betrachtete Einzelfaktoren wie eine höhere Geburtenrate und eine bessere Bildung.

Abbildung 6: Zuwanderung stärkt das Wachstum

Veränderung der Wachstumsraten des Produktionspotenzials im Vergleich zu einer Nettozuwanderung von 100.000 Personen jährlich in Prozentpunkten



Quelle: SVR, 2011

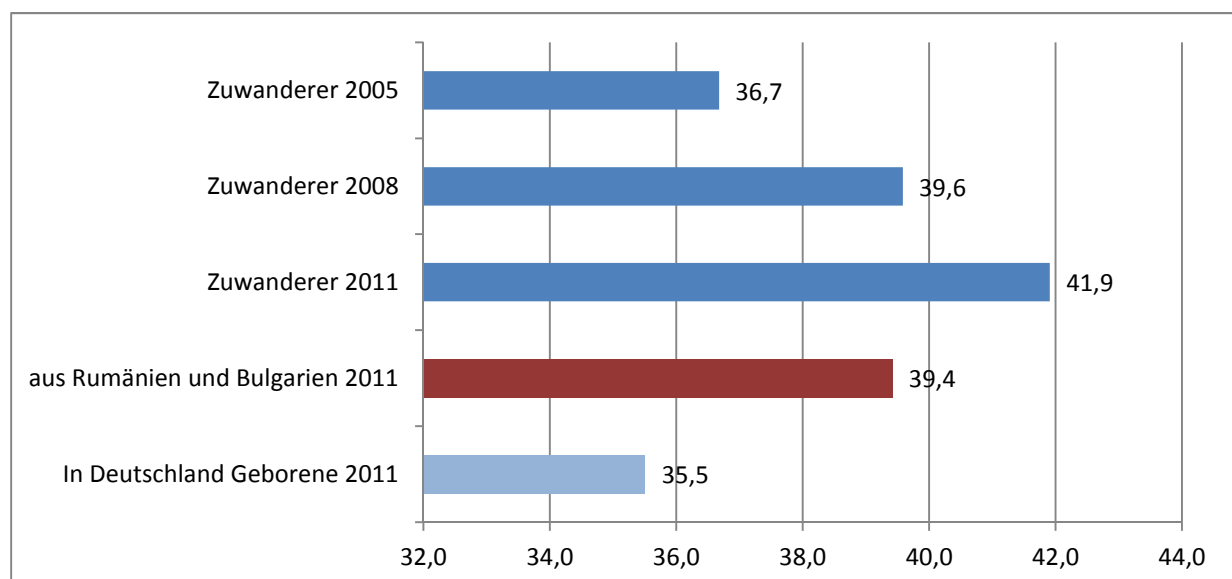
4. Zuwanderung stärkt die öffentlichen Haushalte

4.1 Zuwanderung vergrößert die Einnahmen der Rentenversicherung

Die gesetzliche Rentenversicherung in Deutschland ist umlagefinanziert – die momentan am Arbeitsmarkt aktiven sozialversicherungspflichtig Beschäftigten finanzieren also mit ihren Beiträgen die Alters- und Erwerbsminderungsrenten. Sinkt die Zahl der Beitragszahler oder steigt die Zahl der Rentenempfänger, kommt es in diesem System zu einem zusätzlichen Finanzierungsbedarf. Dies wird aller Voraussicht nach besonders in den Jahren zwischen 2015 und 2035 der Fall sein, wenn die geburtenstarken Jahrgänge 1955 bis 1969 in Ruhestand gehen (Werding, 2013). Berechnungen des Statistischen Bundesamts (2011) zufolge könnten im Jahr 2030 rund 53 Personen im Alter von über 64 Jahren auf 100 Personen im Alter zwischen 20 und 64 Jahren kommen, 2008 waren es noch 34.

Zuwanderung kann die Zahl der Beitragszahler steigern und so einen Beitrag dazu leisten, die Finanzen der Rentenversicherung zu stabilisieren. Unter den Zuwanderern ist der Anteil der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten zwischen 2005 und 2011 von 36,7 auf 41,9 Prozent gestiegen. Damit lag er im Jahr 2011 deutlich höher als bei in Deutschland Geborenen mit 35,5 Prozent (Abbildung 7). Auch unter Zuwanderern aus Rumänien und Bulgarien liegt der entsprechende Anteil höher.

Abbildung 7: Zuwanderer sind häufig sozialversicherungspflichtig beschäftigt
Anteil der Arbeiter und Angestellten (ohne ausschließlich geringfügig Beschäftigte) an den im Ausland Geborenen (Zuwanderer) und an den in Deutschland Geborenen in Prozent



Quelle: Statistisches Bundesamt 2009, 2010a, FDZ der statistischen Ämter des Bundes und der Länder, Mikrozensus, 2011; eigene Berechnungen

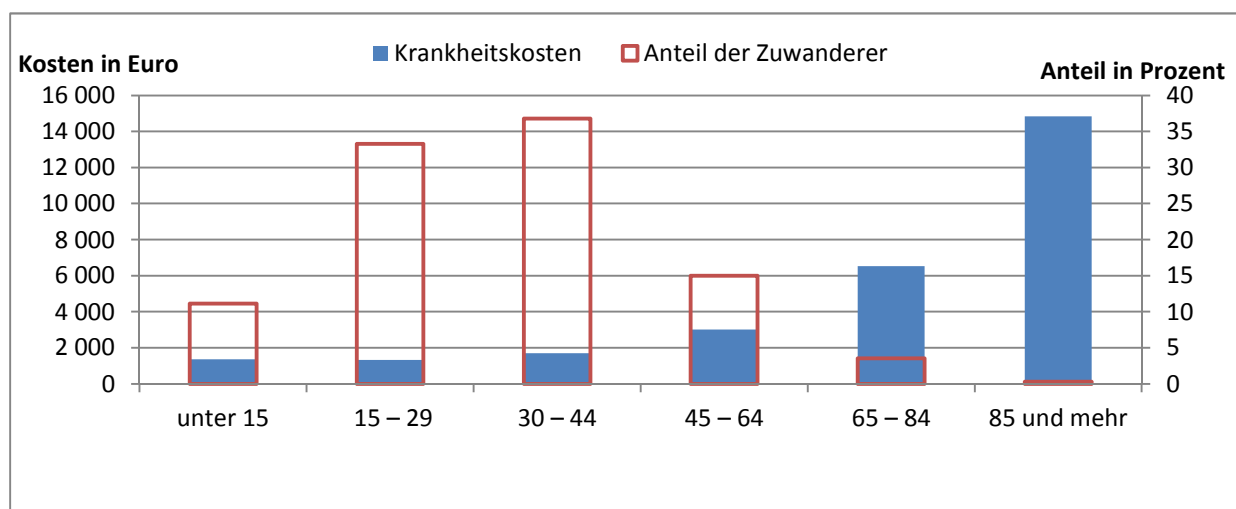
4.2 Zuwanderung stabilisiert die Kranken- und Pflegeversicherung

Die Alterung der Bevölkerung belastet nicht nur die Renten, sondern auch die gesetzliche Kranken- und Pflegeversicherung. Prognosen von Werding (2011) zufolge könnten die Ausgaben der gesetzlichen Krankenversicherung von 153,0 Milliarden Euro im Jahr 2010 auf 187,3 Milliarden im Jahr 2020 (jeweils in Preisen von 2000) steigen. Ein Grund hierfür ist, dass für ältere Menschen wesentlich höhere Krankheitskosten anfallen als für jüngere (Abbildung 8). Die Ausgaben der Pflegeversicherung könnten den Prognosen von Werding (2011) zufolge im gleichen Zeitraum von 19,3 auf 28,2 Milliarden Euro (in Preisen von 2000) steigen. Gleichzeitig führt der demografische Wandel zu einem Rückgang der Zahl der Beitragszahler, sodass mittelfristig auch in der Kranken- und Pflegeversicherung eine Finanzierungslücke droht.

Zuwanderer können einen wichtigen Beitrag dazu leisten, diese Lücke zu schließen, sofern ihre Integration in den Arbeitsmarkt gelingt – was zunehmend der Fall ist (siehe Abschnitt 2) – und sie eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung aufnehmen. Anders als in der Rentenversicherung haben sie zwar im Bedarfsfall in der gesetzlichen Kranken- und Pflegeversicherung unmittelbar einen Anspruch auf Leistungen. Allerdings sind nur wenige Zuwanderer in den älteren Altersgruppen, für die besonders hohe Ausgaben entstehen. Im Jahr 2009 waren nur 3,8 Prozent der in den vorangegangenen 10 Jahren zugewanderten Personen über 65 Jahre alt (Abbildung 8).

Abbildung 8: Zuwanderer entlasten die Krankenversicherung

Krankheitskosten je Einwohner nach Alter im Jahr 2008 in Euro sowie Anteil der zwischen 1999 und 2009 zugewanderten Personen nach Alter im Jahr 2009 in Prozent



Quelle: Statistisches Bundesamt, 2010b; Geis, 2012

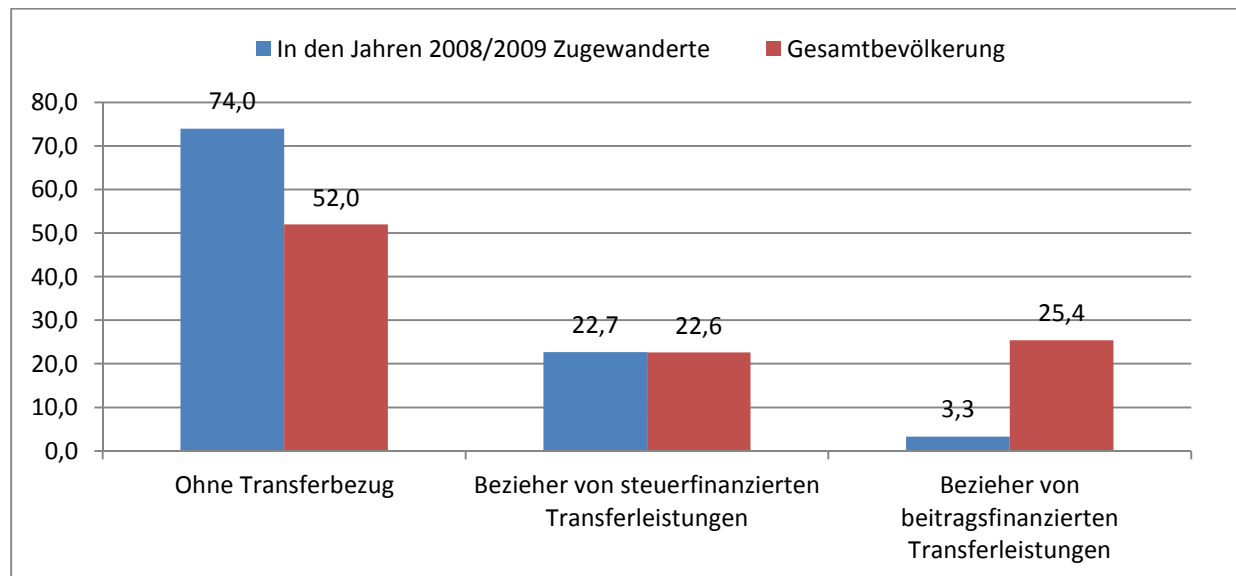
4.3 Zuwanderung entlastet die öffentlichen Haushalte

Zuwanderung hat nicht nur positive Auswirkungen auf die Sozialversicherungen, sondern entlastet auch die öffentlichen Haushalte insgesamt. Wie Bonin (2006) mit Blick auf die Bevölkerung mit ausländischer Staatsbürgerschaft gezeigt hat, ist der gesamtfiskalische Beitrag der Zuwanderer positiv. So bezogen Neuzuwanderer im Jahr 2009 wesentlich seltener als die Gesamtbevölkerung beitragsfinanzierte Transfers (z.B. Arbeitslosengeld I und Renten) und etwa gleich häufig steuerfinanzierte Leistungen wie Arbeitslosengeld II und Sozialhilfe (Abbildung 9).

Gelingt es in Zukunft, mehr ausländische Fachkräfte für den deutschen Arbeitsmarkt zu gewinnen, wirkt sich das nicht nur über die Sozialversicherungen positiv auf die Staatsfinanzen aus. Die Haushalte von Bund, Ländern und Kommunen profitieren auch direkt. Ein großer Teil der staatlichen Aufgaben und Ausgaben ist unabhängig von der Bevölkerungsgröße. Im Bundeshaushalt 2013 waren etwa 10,7 Prozent der Ausgaben für die Verteidigung und 10,6 Prozent für den Schuldendienst vorgesehen (BMF, 2013). Nimmt die Bevölkerungszahl ab, was ohne verstärkte Zuwanderung in den kommenden Jahren der Fall wäre, gehen die Staatsausgaben nicht im gleichen Umfang zurück, sodass mittelfristig die Steuern erhöht oder staatliche Leistungen gekürzt werden müssten.

Abbildung 9: Zuwanderer beziehen selten staatliche Transfers

Anteil der Transferbezieher im Jahr 2009 in Prozent



Die Leistungen der gesetzlichen Krankenversicherung sind nicht berücksichtigt

Quelle: Brücker, 2013

5. Zuwanderung verbessert die Lage in den Kommunen

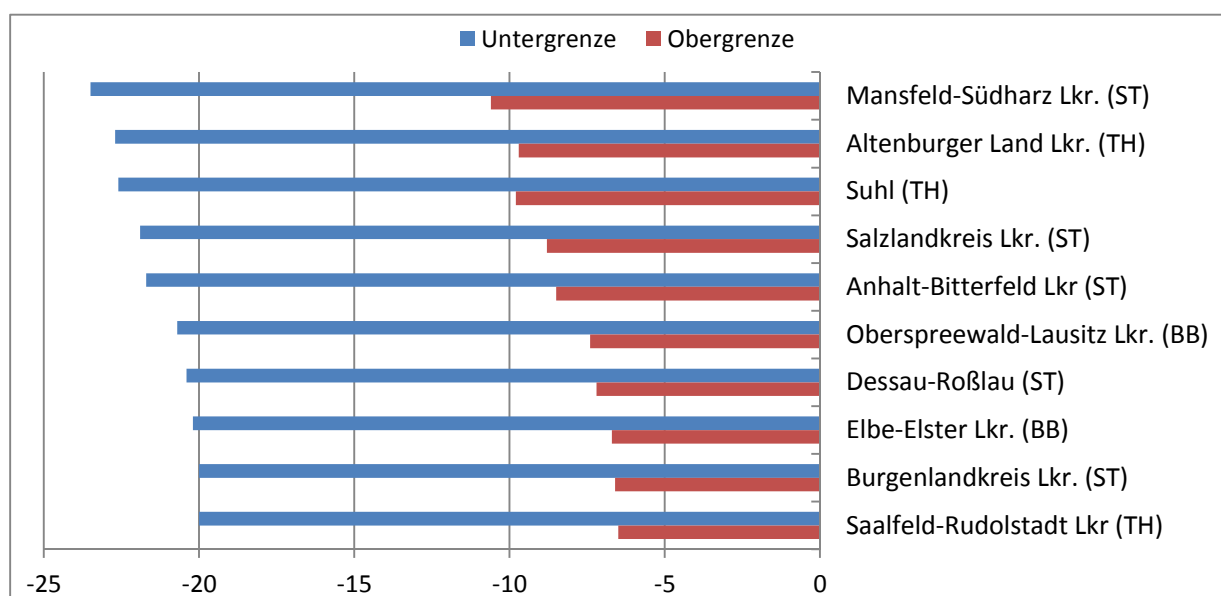
5.1 Zuwanderung kann die Schrumpfung der Kommunen abmildern

Die einzelnen Städte und Gemeinden sind sehr unterschiedlich von dem demografischen Wandel betroffen. Während einige Kommunen noch wachsen, schrumpfen andere so stark, dass die Wohnraumnachfrage bis zum Jahr 2030 um mehr als 20 Prozent zurückgehen könnte (Abbildung 10). Dies führt zu deutlichen Mehrbelastungen für die Kommunen, da mit der Aufgabe von Wohnfläche Infrastrukturleistungen in der Regel nicht im gleichen Maße verzichtbar werden. So muss etwa in allen Siedlungsgebieten die Strom- und Wasserversorgung und die Abwasserentsorgung sichergestellt werden, auch wenn bestehende Anlagen kaum mehr wirtschaftlich betrieben werden können (Berlin Institut, 2013). Werden einzelne Siedlungsgebiete komplett aufgegeben, führt auch das zu finanziellen Belastungen für die Kommunen, da sie in der Regel rückgebaut werden müssen.

Die meisten Zuwanderer haben sich zwar in den vergangenen Jahren in den Ballungsräumen und wirtschaftlichen Wachstumszentren angesiedelt (Bruckner, 2012). Dennoch kann sich ein Anstieg der Bevölkerung durch Zuwanderung auch für die vom demografischen Wandel besonders betroffenen Kommunen positiv auswirken und ihnen helfen, ihren Bevölkerungsrückgang abzumildern. Allerdings müssen sie sich hierfür noch stärker für Zuwanderer öffnen, etwa indem sie eine Willkommenskultur leben und Zuwanderer aktiv ansprechen.

Abbildung 10: In vielen Kreisen drohen Leerstände

Veränderung der Nachfrage nach Wohnungsfläche zwischen 2013 und 2030 in den Kreisen mit der geringsten Nachfrage in Prozent



Quelle: IW Köln, 2013

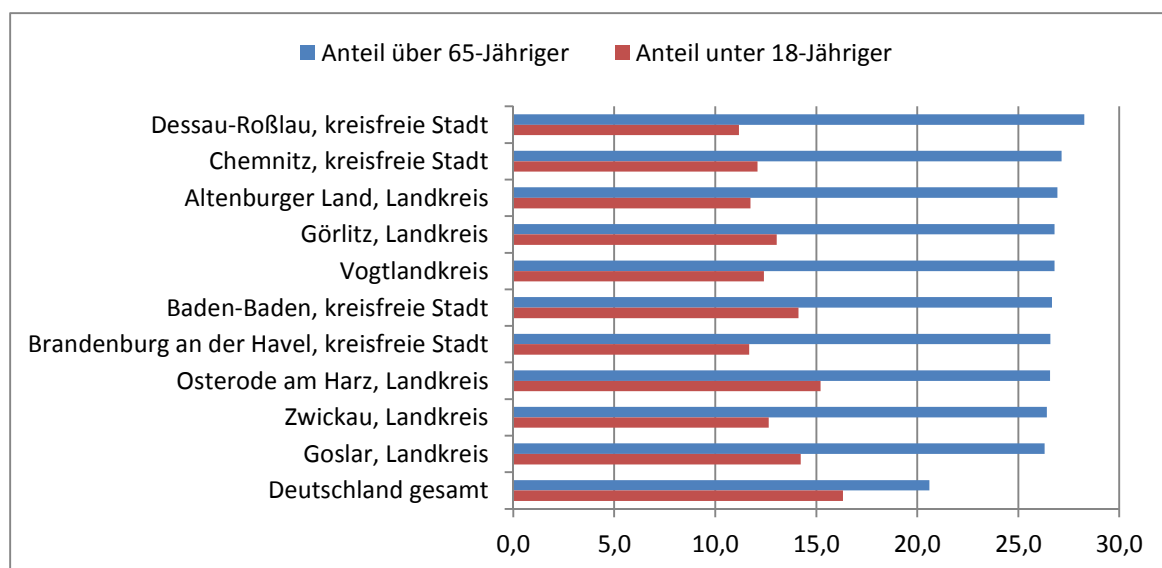
5.2 Zuwanderung führt zu einer ausgewogeneren Altersstruktur der Bevölkerung

Der Bevölkerungsrückgang ist nicht die einzige negative Konsequenz des demografischen Wandels für die Kommunen. Auch die Veränderung der Altersstruktur der Bevölkerung führt zu Problemen. So geht in vielen Kommunen im ländlichen Raum die Zahl junger Menschen so stark zurück, dass Schulen aufgegeben oder zusammengelegt werden müssen (Berlin Institut, 2013). Gleichzeitig steigt in vielen Fällen die Nachfrage nach Angeboten für ältere und hilfebedürftige Menschen (z.B. Pflegeeinrichtungen und Begegnungsstätten). Zudem müssen sich der öffentliche Personennahverkehr und die Versorgungsinfrastruktur (z.B. Einkaufsmöglichkeiten) an eine weniger mobile Bevölkerung anpassen.

Obwohl die besonders bevölkerungsreichen Jahrgänge 1955 bis 1969 erst in den kommenden Jahren das Rentenalter erreichen werden, ist in einer Reihe von Kreisen bereits heute mehr als ein Viertel der Bevölkerung über 65 Jahre alt (Abbildung 11). Unter den Zuwanderern finden sich hingegen kaum ältere Menschen. So waren nur 2 Prozent der im Jahr 2011 Zugezogenen über 65 und 11 Prozent über 50 Jahre alt (Statistisches Bundesamt, 2013d). Gelingt es verstärkt, Zuwanderer für die besonders vom demografischen Wandel betroffenen Kommunen zu gewinnen, können die (Über-) Alterung der Bevölkerung und ihre negativen Auswirkungen abgemildert werden.

Abbildung 11: In einigen Kreisen sind die Anteile der Bevölkerung im Alter über 65 Jahren hoch

Anteil der über 65- und unter 18-Jährigen an der Bevölkerung 2010 in den Kreisen mit den höchsten Anteilen über 65-Jähriger in Prozent



Quelle: Statistisches Bundesamt, 2013e

5.3 Zuwanderung verbessert medizinische Versorgung und Pflege

Bedingt durch den demografischen Wandel wird die Nachfrage nach Gesundheits- und Pflegeleistungen in den kommenden Jahren stark ansteigen. Prognosen des Statistischen Bundesamts zufolge wird die Zahl der Krankenhausaufenthalte im Jahr 2020 um 6 Prozent und im Jahr 2030 um 8 Prozent höher liegen als noch im Jahr 2008. Bei der Zahl der Pflegebedürftigen ergibt sich sogar ein Anstieg um 29 Prozent bis zum Jahr 2020 und um 50 Prozent bis zum Jahr 2030 (Statistisches Bundesamt, 2010c). Damit wird auch der Bedarf an medizinischem Personal und Pflegekräften in den kommenden Jahren stark ansteigen. Dieser Bedarf kann allerdings bereits heute kaum gedeckt werden. So gibt es für Ärzte, Kranken- und Altenpfleger bereits heute mehr offene Stellen als Arbeitslose (Demary/Seyda, 2013). Besonders betroffen von diesen Engpässen sind die ländlichen Gebiete in Ostdeutschland, wie Kopetsch (2010) am Beispiel der Hausarztversorgung zeigt.

Damit es nicht zu substanziellen Engpässen bei medizinischer Versorgung und Pflege kommt, muss die Zahl der in Gesundheits- und Pflegeberufen ausgebildeten Fachkräfte in den kommenden Jahren deutlich ansteigen. Hierbei kann Zuwanderung eine zentrale Rolle spielen. Bereits heute tragen Zuwanderer Teile der medizinischen und pflegerischen Versorgung in Deutschland. Im Jahr 2011 waren 5,7 Prozent der Ärzte und 3,6 Prozent der Altenpfleger nach dem Jahr 2000 zugewandert (Tabelle 1).

Tabelle 1: Zuwanderer üben häufig Gesundheits- und Pflegeberufe aus
Anzahl und Anteil der nach dem Jahr 2000 zugewanderten Erwerbstätigen in medizinischen und pflegerischen Berufen im Jahr 2011

| | Anzahl Neuzuwanderer im Beruf | Anteil an allen Erwerbstätigen im Beruf in Prozent |
|------------------------------|----------------------------------|--|
| Ärzte | 20.900 | 5,68 |
| Krankenschwestern /-+pfleger | 15.700 | 1,81 |
| Krankenpflegehelfer | 5.200 | 3,07 |
| Altenpfleger | 20.800 | 3,64 |
| Alle Berufe | 1.240.700 | 3,12 |

Quelle: FDZ der statistischen Ämter des Bundes und der Länder, Mikrozensus, 2011, eigene Berechnungen

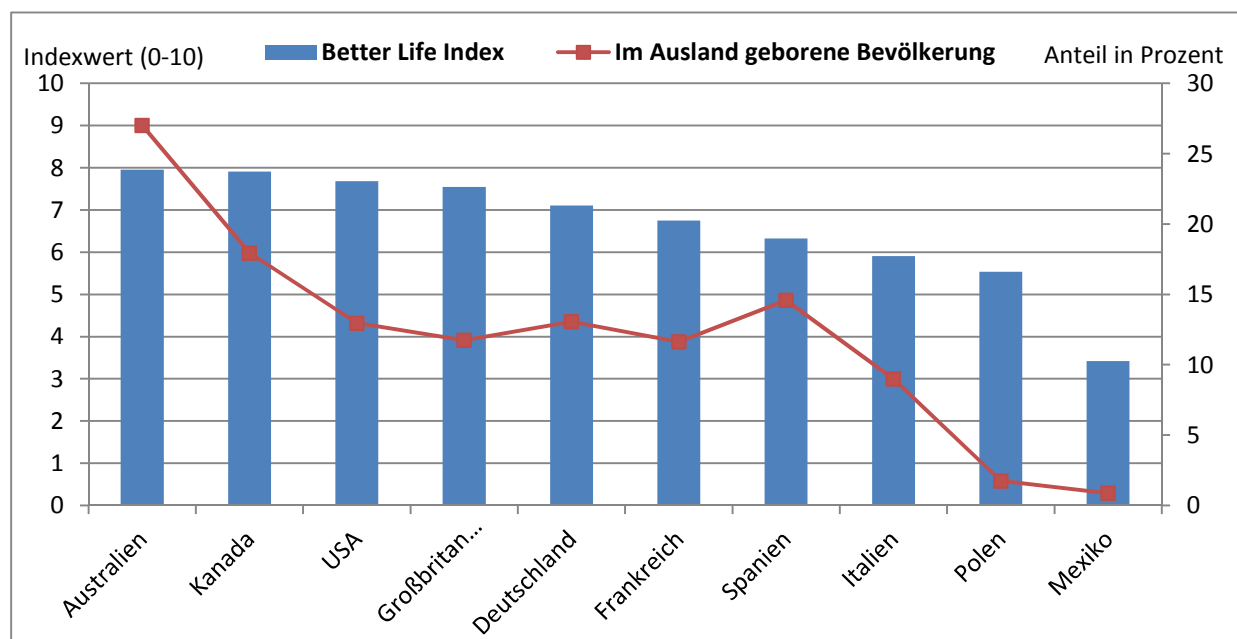
6. Zuwanderung kommt der Bevölkerung direkt zugute

6.1 Zuwanderung schafft Wohlstand

Indem Zuwanderung Wirtschaftswachstum fördert (siehe Abschnitt 3), steigert sie auch den Wohlstand der Menschen in Deutschland. So zeigen Bardt et al. (2012), dass die materiellen Lebensbedingungen und die Lebensqualität der Bevölkerung eng mit dem Wachstum des Bruttoinlandsprodukts zusammenhängen. Einen positiven Zusammenhang zwischen Zuwanderung und Wohlfahrt macht auch ein Blick auf den Better Life Index der OECD deutlich. Dieser misst den Lebensstandard in den OECD-Ländern anhand einer Reihe verschiedener Kriterien wie dem Gesundheitszustand, dem subjektiven Wohlbefinden, dem Einkommen und der Wohnsituation. Bildet man hieraus einen Gesamtindex, erreichen die traditionellen Einwanderungsländer wie Australien, Kanada und die USA besonders hohe Werte (Abbildung 12).

Während die Stärkung der wirtschaftlichen Entwicklung durch Zuwanderung den Menschen in Deutschland vor allem langfristig hilft, kommt ihnen eine bessere Einnahmesituation der öffentlichen Haushalte (Abschnitt 4) bereits kurzfristig zugute. Sie ermöglicht wahlweise eine finanzielle Entlastung durch niedrigere Steuern und Abgaben oder höhere staatliche (Transfer-)Leistungen.

Abbildung 12: In Einwanderungsländern ist die Lebensqualität höher
Gleichgewichteter Durchschnitt der einzelnen Kategorien des Better Life Index für das Jahr 2013, Anteil der ausländischen Bevölkerung im Jahr 2011



Für Kanada im Ausland geborene Bevölkerung 2006, für Mexiko 2010

Quelle: OECD, 2013b,c,d; eigene Berechnungen

6.2 Zuwanderung verbessert die Lage inländischer Arbeitnehmer

Als Argument gegen Zuwanderung werden häufig befürchtete negative Auswirkungen für einheimische Arbeitnehmer ins Feld geführt. Dabei haben wissenschaftliche Untersuchungen gezeigt, dass Zuwanderung die Arbeitslosigkeit von Inländern langfristig sogar senkt. Bauer et al. (2013) können dies etwa anhand eines Regionalvergleichs belegen. Der Effekt ist allerdings relativ gering. So kommen Felbermayr et al. (2010) in einer Simulationsrechnung zu dem Ergebnis, dass bei einem Verzicht auf die Einschränkung der Freizügigkeit gegenüber den 2004 beigetretenen EU-Staaten und einer entsprechend höheren Zuwanderung die Zahl arbeitsloser Inländer langfristig um 0,45 Prozent niedriger gelegen hätte (Tabelle 2).

Auch die Befürchtung, dass durch Zuwanderung ein starker Druck auf die Löhne entstehen könnte, lässt sich nicht bestätigen. Den Ergebnissen von Felbermayr et al. (2010) zufolge wären durch einen Verzicht auf die Beschränkungen der Arbeitnehmerfreizügigkeit die Löhne von Inländern im Schnitt zwar kurzfristig marginal um 0,03 Prozent gesunken, langfristig jedoch um 0,06 Prozent gestiegen. Auch Brücker und Jahn (2011) kommen zu dem Ergebnis, dass Zuwanderung nur einen sehr geringen Einfluss auf die Löhne von Inländern hat und dass der Effekt zumindest langfristig positiv ist.

Werden gezielt ausländische Fachkräfte mit Engpassqualifikationen für den deutschen Arbeitsmarkt gewonnen, ist ein noch positiverer Effekt zu erwarten. In diesem Fall dürfte es bereits kurzfristig zu einem Anstieg der Beschäftigung Einheimischer kommen, da solche Fachkräfte es Unternehmen ermöglichen, ihre Geschäftstätigkeit auszuweiten und ihren Personalbestand zu steigern.

Tabelle 2: Zuwanderung verbessert langfristig die Arbeitsmarktlage von Inländern

Effekte auf die Arbeitsmarktlage von Inländern in Deutschland, Angaben in Prozent

| | Arbeitslosenzahl | | Lohnhöhe | |
|----------------------|------------------|-------------|-------------|-------------|
| | Kurzfristig | Langfristig | Kurzfristig | Langfristig |
| Gesamt | 0,27 | -0,45 | -0,03 | 0,06 |
| Niedrigqualifizierte | 0,16 | -0,39 | -0,05 | 0,05 |
| Hochqualifizierte | 0,34 | -0,56 | -0,01 | 0,08 |

Annahme: Zuwanderung von 603.505 Niedrig- (ISCED 0 - 3) und 94.477 Hochqualifizierten (ISCED 4-6)

Quelle: Felbermayr et al., 2010

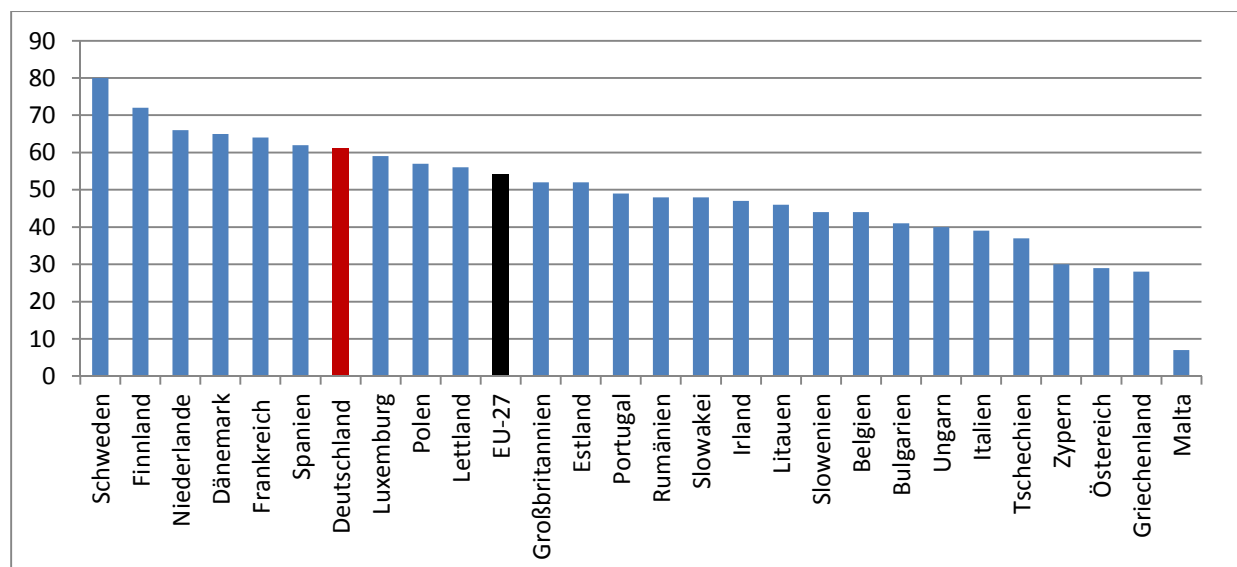
6.3 Zuwanderung bereichert das (kulturelle) Leben in Deutschland

Wenn Zuwanderer nach Deutschland kommen, behalten sie in der Regel Teile der Lebensweise ihres Heimatlandes bei. Dies betrifft insbesondere die kulinarischen Präferenzen. So entstehen im Umfeld größerer Zuwanderergruppen häufig auf Lebensmittel aus den jeweiligen Heimatländern spezialisierte Supermärkte und Restaurants. Damit wird auch das Angebot für die Einheimischen bereichert, die die kulinarische Vielfalt schätzen. Bereits im Jahr 2003 gaben in einer Befragung 53 Prozent der West- und 43 Prozent der Ostdeutschen an, am liebsten in Restaurants mit Spezialitäten anderer Länder zu essen. Bei den Jüngeren waren es sogar 77 Prozent in West- und 65 Prozent in Ostdeutschland (IfD, 2003).

Dabei macht Zuwanderung nicht nur das gastronomische Leben in Deutschland vielfältiger. Auch in anderen Bereichen – etwa bei Musik und Tanz – werden kulturelle Besonderheiten von Einheimischen aufgegriffen. Insgesamt lässt sich sagen, dass Zuwanderung das kulturelle Leben in Deutschland bereichert. Dies ist auch die Meinung der überwiegenden Mehrheit (61 Prozent) der Deutschen; im EU-Schnitt stimmen dieser Aussage 54 Prozent zu (Abbildung 13). Kulturelle Vielfalt bedeutet aber nicht, dass Zuwanderer der Lebensweise ihres Heimatlandes vollständig treu bleiben. Vielmehr sind eine gelungene Integration und insbesondere gute Kenntnisse der deutschen Sprache eine wichtige Grundlage dafür, dass sich Zuwanderung positiv auf das Alltagsleben in Deutschland auswirkt.

Abbildung 13: Zuwanderung bereichert das kulturelle Leben

Zustimmung zur Aussage „Menschen aus anderen ethnischen Gruppen bereichern das kulturelle Leben unseres Landes“ in Prozent



Quelle: Eurobarometer, 2010

7. Handlungsempfehlungen

Um langfristig genügend ausländische Fachkräfte zu gewinnen und Wachstum, Wohlstand und Lebensqualität zu sichern, muss sich Deutschland noch weiter für Zuwanderer öffnen. Dabei sind insbesondere folgende Schritte notwendig:

Weiterentwicklung des Zuwanderungsrecht: Zwar wurde das deutsche Zuwanderungsrecht bereits in den vergangenen Jahren liberalisiert, dennoch gibt es noch immer Zugangshürden für Fachkräfte aus Nicht-EU-Staaten. Während etwa ausländische Akademiker seit dem Jahr 2012 ein auf sechs Monate befristetes Suchvisum erhalten können, müssen beruflich Qualifizierte bereits einen Arbeitsvertrag haben, um einreisen zu können. Dies erschwert ihnen die Arbeitssuche.

Verbesserung der Anerkennung ausländischer Abschlüsse: Ausländische Fachkräfte können häufig nur eine qualifikationsadäquate Beschäftigung in Deutschland aufnehmen, wenn ihre Berufsabschlüsse offiziell anerkannt worden sind. Mit dem Anerkennungsgesetz, das allerdings nur für bundesrechtlich geregelte Berufe gilt, wurden die entsprechenden Verfahren im Jahr 2012 zwar deutlich vereinfacht. Dennoch ist die Anerkennung nach wie vor mit substanziellen Kosten für die Zuwanderer verbunden und bei einer Teilanerkennung steht nicht in jedem Fall eine passgenaue Weiterbildung zur Verfügung (Demary et al., 2013).

Stärkung der Willkommenskultur: Wenn sich Menschen aus dem Ausland in Deutschland wohlfühlen, entscheiden sie sich eher dafür, im Land zu bleiben. Dafür sind Behörden, Unternehmen und die Gesellschaft insgesamt gefragt. Die mit Zuwanderung befassten Behörden sollten serviceorientiert auf ihre Kunden zugehen und diesen bei Bedarf eine intensive Beratung anbieten. Unternehmen sollten ausländische Mitarbeiter bei den ersten Schritten in Deutschland unterstützen und im Arbeitsalltag auf ihre kulturellen Besonderheiten eingehen. Die Gesellschaft sollte offen auf Zuwanderer zugehen und diese schnell in ihre sozialen Netze integrieren.

Intensivere Ansprache potenzieller Zuwanderer: Im zunehmenden Wettbewerb um international mobile Fachkräfte wird es nicht ausreichen, wenn Deutschland sich für Zuwanderer öffnet. Vielmehr muss Deutschland bereits im Heimatland aktiv auf Zuwanderungsinteressierte zugehen. Hierfür gibt es vier Ansatzpunkte:

- Informations- und Beratungsangebote für potenzielle Zuwanderer
- gezielte Vermittlung von Arbeits- und Ausbildungsplätzen in Deutschland an Personen im Ausland
- Qualifikationsangebote im Ausland, insbesondere zum Erlernen der deutschen Sprache
- Ermöglichung kürzerer Aufenthalte (z.B. Praktika), um Deutschland im Vorfeld der Zuwanderung kennenzulernen

Literatur

Alichniewicz, Justina / **Geis**, Wido / **Nintcheu**, Jeannette Michaelle, 2014, Willkommenskultur – Wie Deutschland für ausländische Fachkräfte attraktiver werden kann, IW-Position, Köln, im Erscheinen

Anger, Christina / **Geis**, Wido / **Plünnecke**, Axel, 2012, MINT-Frühjahrsreport 2012, Gutachten für BDA, BDI, MINT Zukunft schaffen, Gesamtmetall, Köln

Anger, Christina / **Koppel**, Oliver / **Plünnecke**, Axel, 2013, MINT-Herbstreport 2013: Erfolge bei Akademisierung sichern, Herausforderungen bei beruflicher Bildung annehmen, Gutachten für BDA, BDI, MINT Zukunft schaffen, Gesamtmetall, Köln

Bardt, Hubertus / **Grömling**, Michael / **Kroker**, Rolf, 2012, Führt Wachstum zu mehr Wohlstand?, in: IW Köln (Hrsg.), Wirtschaftswachstum?! Warum wir wachsen sollten und warum wir wachsen können, Köln

Bauer, Thomas / **Flake**, Regina / **Sinning**, Matthias G., 2013, Labor Market Effects of Immigration: Evidence from Neighborhood Data, in: Review of International Economics, No. 21 Vol. 2, S. 370-385

Berlin Institut, 2013, Vielfalt statt Gleichwertigkeit – Was Bevölkerungsrückgang für die Versorgung ländlicher Regionen bedeutet, Berlin

Bertelsmann Stiftung, 2009, Zuwanderer in Deutschland. Ergebnisse einer repräsentativen Befragung von Menschen mit Migrationshintergrund, Gütersloh

BMF – Bundesministerium für Finanzen, 2013, Bundeshaushalt 2013, Berlin, URL: <http://www.bundeshaushalt-info.de/startseite/#/2013/soll/ausgaben/einzelplan.html> [Abrufdatum 09.12.2013]

Bonin, Holger, 2006, Der Finanzierungsbeitrag der Ausländer zu den deutschen Staatsfinanzen: Eine Bilanz für 2004, IZA Discussion Paper No. 2444, Bonn

Brücker, Herbert, 2013, Auswirkungen der Einwanderung auf Arbeitsmarkt und Sozialstaat: Neue Erkenntnisse und Schlussfolgerungen für die Einwanderungspolitik, Studie im Auftrag der Bertelsmann Stiftung, Gütersloh

Brücker, Herbert / **Jahn**, Elke, 2011, Migration and Wage-setting: Reassessing the Labor Market Effects of Migration, in: The Scandinavian Journal of Economics, No. 113 Vol. 2, S. 286-317

Bruckner, Elke, 2012, Migration und demographischer Wandel, Studie im Auftrag der Bertelsmann Stiftung, Gütersloh

Casella, Alessandra / **Rauch**, James E., 2002, Anonymous market and group ties in international trade, in: Journal of International Economics, Vol. 58, S. 19-47

CDU, CSU und SPD 2013, Deutschlands Zukunft gestalten – Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD, 18. Legislaturperiode, Berlin

DAAD Deutscher Akademischer Austauschdienst, 2013, Wissenschaft weltweit: Daten und Fakten zur Internationalität von Studium und Forschung in Deutschland, Bielefeld

Demary, Vera / **Geis**, Wido / **Konegen-Grenier**, Christiane / **Plünnecke**, Axel / **Seyda**, Susanne, 2013, Internationalisierung der Bildung – Wie das deutsche Bildungssystem attraktiver für Personen aus dem Ausland werden kann, IW-Analysen, Nr. 92, Köln

Demary, Vera / **Seyda**, Susanne, 2013, Engpassanalyse 2013: Besondere Betroffenheit in den Berufsfeldern Energie und Elektro sowie Maschinen- und Fahrzeugtechnik, Gutachten im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie, Köln

Egger, Peter H. / **von Ehrlich**, Maximilian / **Nelson**, Douglas R., 2012, Migration and trade, in: The World Economy, Vol. 35, S. 216-241

Erdmann, Vera, 2010, Bedroht der Ingenieurmangel das Modell Deutschland?, in: IW-Trends, 37. Jg., Nr. 3, S. 3–17

Eurobarometer, 2010, Eurobarometer 71- Future of Europe, Brüssel.

FDZ – Forschungsdatenzentrum der statistischen Ämter des Bundes und der Länder, Mikrozensus 2011, Düsseldorf **Felbermayr**, Gabriel / **Geis**, Wido / **Kohler**, Wilhelm, 2010, Restrictive immigration policy in Germany: pains and gains foregone?, in: Review of World Economics, No. 146, S. 1-21

Geis, Wido, 2012, Der Beitrag der Zuwanderung zur Fachkräftesicherung, in: IW-Trends Nr. 2, 39. Jg., S. 85-98

Hiller, Sanne, 2013, Does immigrant employment matter for export sales? Evidence from Denmark, in: Review of World Economics, Vol. 149, S. 1-26

IfD - Institut für Demoskopie Allensbach, 2003, Italienische Küche unschlagbar – Die Deutschen gehen gern auswärts essen, Allensbacher Berichte Nr. 13, Allensbach

IW Köln, 2013, Volle Städte, leeres Land – der deutsche Wohnungsmarkt driftet auseinander: Abbildungen und Tabellen zum Pressegespräch am 5. September 2013, Köln

Kopetsch, Thomas, 2010, Dem deutschen Gesundheitswesen gehen die Ärzte aus! – Studie zur Altersstruktur-und Arztzahlentwicklung, 5. Auflage, Berlin

Markus, Frederic, 2011, Zuwanderung von Hochqualifizierten nach Deutschland und in die USA, Verlag Peter Lang GmbH - Internationaler Verlag der Wissenschaften, Frankfurt a.M.

Niebuhr, Annekatriin, 2010, Migration and Innovation: Does Cultural Diversity Matter for Regional R&D Activity?, in: Papers in Regional Science, Vol. 89, S. 563–585

OECD – Organisation for Economic Cooperation and Development, 2013a, Zuwanderung ausländischer Arbeitskräfte: Deutschland, OECD Publishing, Paris

OECD, 2013b, International Migration Database, Paris: URL:
<http://stats.oecd.org/index.aspx?r=474690> [Abrufdatum 06.12.2013]

OECD, 2013c, Population Statistics, Paris: URL:
<http://stats.oecd.org/index.aspx?r=474690> [Abrufdatum 06.12.2013]

OECD, 2013d, How's Life? 2013: Measuring Well-being, Paris

Ozgen, Ceren / **Nijkamp**, Peter / **Poot**, Jacques, 2011, Immigration and innovation in European regions, IZA Discussion Paper No. 5676, Bonn

Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose, 2013, Gemeinschaftsdiagnose Herbst 2013: Konjunktur zieht an – Haushaltsüberschüsse sinnvoll nutzen, Essen

Rump, Jutta / **Eilers**, Silke / **Groh**, Sibylle / **Schabel**, Frank, 2011, HR-Report 2011: Schwerpunkt Mitarbeitergewinnung, Institut für Beschäftigung und Employability IBE im Auftrag der Hays AG, Ludwigshafen

Statistisches Bundesamt, 2009, Bevölkerung und Erwerbstätigkeit – Bevölkerung mit Migrationshintergrund – Ergebnisse des Mikrozensus 2005, Fachserie 1, Reihe 2.2, Wiesbaden

Statistisches Bundesamt, 2010a, Bevölkerung und Erwerbstätigkeit – Bevölkerung mit Migrationshintergrund – Ergebnisse des Mikrozensus 2008, Fachserie 1, Reihe 2.2, Wiesbaden

Statistisches Bundesamt, 2010b, Gesundheit – Krankheitskosten 2002, 2004, 2006 und 2008, Fachserie 12, Reihe 7.2, Wiesbaden

Statistisches Bundesamt, 2010c, Demografischer Wandel in Deutschland: Heft 2 – Auswirkungen auf Krankenhausbehandlungen und Pflegebedürftige im Bund und in den Ländern, Wiesbaden

Statistisches Bundesamt, 2011, Demografischer Wandel in Deutschland: Heft 1 – Bevölkerungs- und Haushaltsentwicklung im Bund und in den Ländern, Wiesbaden

Statistisches Bundesamt, 2013a, Vorläufige Wanderungen 2012, Wiesbaden

Statistisches Bundesamt, 2013b, Zuwanderung nach Deutschland steigt im 1. Halbjahr 2013 um 11 %, Pressemitteilung Nr. 391 vom 21.11.2013, Wiesbaden

Statistisches Bundesamt, 2013c, Natürliche Bevölkerungsbewegung, Geborene und Gestorbene, Wiesbaden, URL:
<https://www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/GesellschaftStaat/Bevoelkerung/Geburten/Tabellen/GeboreneGestorbene.html> [Abrufdatum: 24.06.2013]

Statistisches Bundesamt, 2013d, Bevölkerung und Erwerbstätigkeit – Wanderungen 2011, Fachserie 1, Reihe 1.2, Wiesbaden

Statistisches Bundesamt, 2013e, GENESIS – Online Datenbank, Bevölkerung: Kreise, Stichtag (Bevölkerungsfortschreibung), Wiesbaden, URL: <https://www-genesis.destatis.de> [Abrufdatum: 09.12.2013]

SVR – Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, 2011, Herausforderungen des demografischen Wandels, Expertise im Auftrag der Bundesregierung, Berlin

Venturini, Alessandra / **Montobbio**, Fabio / **Fassi**, Claudio, 2012, Are migrants spurring innovation?, in: Research report, Migration Policy Centre, European University Institute, URL: <http://www.migrationpolicycentre.eu/do-migrants-spurring-innovation-2> [Abrufdatum 22.11.2013]

Werdning, Martin, 2011, Demographie und öffentliche Haushalte – Simulationen zur langfristigen Tragfähigkeit der gesamtstaatlichen Finanzpolitik in Deutschland, Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Lage, Arbeitspapier Nr. 03/2011, Berlin

Werdning, Martin, 2013, Alterssicherung, Arbeitsmarktdynamik und neue Reformen: Wie das Rentensystem stabilisiert werden kann, Studie im Auftrag der Bertelsmann Stiftung, Gütersloh